

Protokolleintrag vom 19.09.2007

2007/518

Schriftliche Anfrage von Balthasar Glättli (Grüne) vom 19.9.2007: Strassenverkehrsabgaben, Einführung im Sinne einer Umweltabgabe

Von Balthasar Glättli (Grüne) ist am 19.9.2007 folgende *Schriftliche Anfrage* eingereicht worden:

Am 23. September 2007 findet zum wiederholten Male der Zürcher Multimobilitätstag statt, bezeichnenderweise allerdings wiederum nicht am eigentlichen internationalen Car-Free Cities Tag, dem Tag der autofreien Städte am 22. September.

Zur Lösung der Verkehrs- und Umweltprobleme braucht es aber Massnahmen, die 365 Tage im Jahr greifen. Angesichts der sich zuspitzenden Klimaproblematik, der weiterhin konstanten Überschreitungen der Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung und drohender neuer Verkehrsströme durch die Eröffnung neuer Strassen (Westumfahrung) stellt sich die Frage, wie sich der Stadtrat dazu stellt, kurz- und mittelfristig eine weitere Verbesserung des Modal-Splits (Anteile der verschiedenen Verkehrsmittel) in der Stadt Zürich durch den Einsatz von marktwirtschaftlichen Mitteln wie Road Pricing voranzutreiben.

1. Wie stellt sich der Stadtrat grundsätzlich zur Einführung eines Road-Pricings im Sinne einer Umweltabgabe im Raum Zürich?
2. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass Road Pricing bei geeigneter Ausgestaltung zu einer deutlichen Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastung (Luftschadstoff-, Lärm- und CO₂-Emissionen, Ozonspitzenwerte) und zu einem besseren Modalsplit beitragen kann?
3. Welche Möglichkeiten der Ausgestaltung und der Einnahmenverwendung von Road Pricing erachtet der Stadtrat als zweckmässig, damit tatsächlich das Ziel einer Umweltwirkung von Road-Pricing erreicht werden kann und nicht bloss eine zeitliche und räumliche Optimierung des Verkehrsflusses (Ausweichverkehr, Verteilung des Verkehrs auf Randzeiten) und damit eine Mehrnutzung des beschränkten Strassenraums provoziert wird?
4. Eine vorläufig unterstützte „Standesinitiative zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung von Road Pricing“ ist momentan beim Kantonsrat hängig (KR-Nr. 120/2005). Sie strebt eine Änderung der rechtlichen Grundlagen an, welche es Bund und Kantonen ermöglichen soll, Road Pricing als Element einer ökologischen Verkehrspolitik und marktwirtschaftlicher Verkehrssteuerung einzuführen. Wäre der Stadtrat bereit, sich auch gegenüber dem Regierungsrat bei Vorliegen solcher gesetzlicher Grundlagen oder auch vorab im Rahmen eines Pilotversuchs für ein klar ökologisch ausgestaltetes Road Pricing in der Stadt Zürich einzusetzen?

Mitteilung an den Stadtrat.